



Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband

AKTUELL

Blindengeld: SoVD Niedersachsen ruft zum Mitmachen auf – Zeichen setzen gegen den sozialen Kahlschlag

Volksbegehren ist gestartet!

Adolf Bauer, Vorsitzender des SoVD Niedersachsen, hat zusammen mit Hans-Werner Lange, Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen (BVN) in einer Pressekonferenz in Hannover die Einzelheiten zum Start des Volksbegehrens gegen die Abschaffung des Blindengeldes bekannt gegeben. Insgesamt sind 603 000 Unterschriften nötig, die seit Freitag, 15. April 2005, landesweit gesammelt werden.

Der SoVD Niedersachsen unterstützt das Volksbegehren uneingeschränkt. Die Unterschriftenlisten liegen in den Geschäfts- und Beratungsstellen aus; zudem steht der Download der Listen im Internet bereit (www.sovd-nds.de).

Adolf Bauer hat alle SoVD-Mitglieder sowie alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, sich an dem Volksbegehren zu beteiligen. „Es ist wichtig, ein deut-

liches Zeichen gegen den sozialen Kahlschlag der Landesregierung zu setzen. Der SoVD Niedersachsen erwartet von der Landesregierung, dass sie Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Kranke nicht noch weiter an den Rand der Gesellschaft drängt. Wer bei den Blinden und Sehbehinderten spart, wird auch vor anderen Gruppierungen nicht zurückschrecken“, so der Landesvorsitzende. Deshalb sei es wichtig, diese Möglichkeit der politischen Einflussnahme unbedingt zu nutzen. Bauer: „Wir werden es nicht hinnehmen, dass die Landesregierung sich still und leise von einer sozial ausgewogenen Politik in Niedersachsen verabschiedet.“

Viele Organisationen, Parteien und Verbände machen mit beim Volksbegehren gegen die Abschaffung des Landesblindengeldes; es sind gemeinsame Veranstaltungen geplant, die für viel

Wirbel sorgen sollen. Mit der lautstarken Aktion „Trommeln für das Volksbegehren“ hat sich der BVN bereits in acht Städten Niedersachsens (Hannover, Braunschweig, Göttingen, Osnabrück, Oldenburg, Leer, Cuxhaven und Lüneburg) Gehör verschafft. In Hannover haben der SPD-Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag, Sigmar Gabriel, und die Grünen-Sozialexpertin Ursula Helmhold die Unterstützung ihrer jeweiligen Partei zugesichert und den Sozialabbau der Regierungskoalition scharf kritisiert.

Adolf Bauer bekräftigte: „Selten hat es einen so breiten gesellschaftlichen Konsens zu einem Thema gegeben. Ich denke, die nötigen Unterschriften werden ganz schnell zusammengetragen sein.“

Bestellungen für die Unterschriftenlisten und das Aktionsmaterial können auch direkt



Das Volksbegehren ist gestartet – Hans-Werner Lange (links) und Adolf Bauer zeigen Aktionsmaterial

beim Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen (BVN), Kühnsstraße 18, 30559 Hannover abgegeben werden.

Zudem hat der BVN für das Volksbegehren eine Hotline eingerichtet: 05 11 / 51 04-224 und 05 11 / 51 04-225. *som*

Wichtig: Was beim Sammeln der Unterschriften fürs Volksbegehren zu beachten ist!

Für jede einzelne Unterschriftenliste gilt:

- pro Liste dürfen nur Personen aus einer Hauptwohnsitzgemeinde (Gemeinde, Samtgemeinde oder Stadt) unterschreiben. Die jeweiligen Einwohnermeldeämter streichen Unterschriften einer ortsfremden Person und damit wäre diese Unterschrift ungültig. Jeder darf nur 1x unterschreiben.

- Mehrfacheintragungen werden als eine Eintragung gezählt. Trotzdem können

auch Ortsfremde Unterschriften sammeln: Dann sollte handschriftlich auf der ersten Seite am oberen Rand vermerkt werden, aus welcher Gemeinde die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner stammen (z.B. Wedemark oder Uelzen etc.) und man lässt dann nur die dort gemeldeten Personen auf der entsprechenden Liste unterschreiben.

- Jede Unterzeichnerin und jeder Unterzeichner muss in Niedersachsen wahlberechtigt sein, d.h. mindestens 18 Jahre alt sein, die deutsche Staatsbürgerschaft



innehaben und seit drei Monaten in Niedersachsen mit Hauptwohnsitz gemeldet sein.

- Es sollte besonders deutlich geschrieben werden – am besten in DRUCKBUCHSTABEN – (denn unleserliche Angaben werden nicht gezählt). Wichtig ist das vollständige Ausfüllen

(Name und Anschrift wie im Personalausweis vermerkt). Eintragungen können nicht zurückgenommen werden. Ebenfalls sind Eintragungen ungültig, die einen Vorbehalt beinhalten.

- Jede Liste ist im örtlichen Einwohnermeldeamt oder im örtlichen Rathaus abzugeben. Dies kann durch jede Person erledigt werden. (Die Listen müssen nicht unbedingt zentral gesammelt werden). Dort wird die Wahlberechtigung jeder einzelnen Unterschrift bestätigt. Listen mit Unterschriften einer an-

deren Gemeinde können direkt ins Rathaus der entsprechenden Ortsgemeinde oder an das Aktionsbündnis Volksbegehren/Blindengeld auch per Post geschickt werden.

- Vor der Abgabe der Listen ist es sinnvoll, die Anzahl der Unterschriften zu vermerken und an die Beratungszentren des SoVD Niedersachsen vor Ort unter Angabe des Datums, des Ortes und der Sammlerin oder des Sammlers zu melden.

- Nach Abgabe der Liste fällt keine weitere Arbeit an!

„Unser Staat ist vom Ehrenamt abhängig“

Im Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Uwe-Peter Lestin

Uwe-Peter Lestin, 61, SoVD-Mitglied, ehemaliger Schulleiter, ist seit 1998 Mitglied des Niedersächsischen Landtages. Er hat verschiedene kommunale Mandate und Funktionen; er ist Bürgermeister der Gemeinde Schwülper, Kreistagsabgeordneter im Landkreis Gifhorn und 1. Vizepräsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes. Der Sozialdemokrat ist ehrenamtlich aktiv, u.a. im Umweltschutz und vielen bekannt für seine Bürgernähe. Mit dem SoVD sprach er über aktuelle Themen der Sozialpolitik.

Herr Lestin, Ihre Partei unterstützt das Volksbegehren gegen die Abschaffung des Landesblindengeldes. Was sagen Sie dazu?

Lestin: „Meine Fraktion hat die faktische Abschaffung des Landesblindengeldes



Landtagsabgeordneter Uwe-Peter Lestin

verurteilt. Es ist eine Abkehr vom Nachteilsausgleich. Wie sich die Situation der Blinden mit der Blindenhilfe und dem Blindenhilfefonds entwickeln wird, kann niemand genau vorhersagen. Jahrzehnte alte Er-

rungschaften der Sozialpolitik werden so einfach über Bord geworfen. Die Nachteile der Blinden haben sich aber nicht geändert.“

Wie bewerten Sie allgemein die Entwicklung des Sozialstaates?

Lestin: „Meiner Meinung nach hat sich das Bild von den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern durch Hartz IV geändert. Früher wurden sie oft in der Öffentlichkeit als arbeitsscheu dargestellt; nun werden sie bedauert. Leider haben wir darüber hinaus in der Sozialversicherung ein Einnahmeproblem. Statt weiter bei den Schwächsten zu sparen, sollte man lieber Subventionen kürzen.“

Glauben Sie, dass durch menschlich schwer nachvollziehbare Entscheidungen die Politikverdrossenheit entstanden ist bzw. gefördert wird?

Lestin: „Für viele Menschen sind die Entscheidungen und Ränkespiele oft nicht nachvollziehbar. Das Ergebnis politischer Arbeit muss aber dem entsprechen, was den Menschen nützt. Ich meine, die Politik muss sich wieder mehr an diesen Grundsatz halten und erfolgsorientierter arbeiten.“

Ein wichtiges Thema der kommenden Jahre ist die demografische Entwicklung. Wie bewerten Sie die Situation in Niedersachsen?

Lestin: „Das ist regional sehr unterschiedlich. Wir müssen uns der Aufgabe stellen, dass es künftig deutlich mehr ältere Menschen geben wird. Wir müssen zum Beispiel Kindergärten so bauen, dass man sie in Zukunft auch anders nutzen kann. Außerdem stellt der Erhalt der Mobilität, sprich der öffentliche

Nachverkehr, ein besonderes Problem dar. Diese Themen werden aber auf kommunaler Ebene und im Landtag bereits diskutiert.“

Welche Rolle, glauben Sie, spielt bei den Zukunftsaufgaben das Ehrenamt?

Lestin: „Unser Staat baut in vielen Bereichen auf das ehrenamtliche Engagement und ist ohne dies auch nicht denkbar. Auch die Arbeit in Verbänden wie dem SoVD ist ohne diese Arbeit nicht vorstellbar. Deshalb ist es wichtig, das Ehrenamt zu stärken und zu würdigen. Ich kann die pessimistische Beobachtung nicht teilen, dass sich angeblich zu wenige junge Menschen für ehrenamtliche Aufgaben interessieren. Über Sport und Feuerwehr gelangen viele dann doch zu Politik- und Verbandarbeit. Das ist gut so.“ *som*